Neutralitätsdebatte: Was fehlt, ist eine aktive Außenpolitik

28.02.2011 | 18:26 | HELMUT KRAMER (Die Presse)

Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers zu Erich Reiters Plädoyer, die österreichische Neutralität endlich abzuschaffen.

Die Debatte über die Wehrpflicht, Sicherheitspolitik und Neutralität wird – hier ist Erich Reiters Einschätzung in seinem Gastkommentar in der „Presse" vom 24.Februar vollinhaltlich zuzustimmen – auf einem beklagenswert niedrigen Niveau geführt. So verändern SPÖ und ÖVP wie im „Wechselt das Bäumchen"-Spiel ihre Positionen, um sich gegenseitig zu blockieren.

Die ÖVP, die sich in der schwarz-blauen Wende-Regierung bemüht hat, die Neutralität möglichst schnell zu entsorgen und Österreich in die Nato zu führen, verteidigt sie nun gegen Michael Häupl und andere gewichtige Sozialdemokraten. Aber auch der frühere FPÖ-Sektionschef im Verteidigungsministerium (Reiter) ist in seiner Darstellung der Neutralität als einer „nach wie vor nicht bewältigten Altlast" und seinem Plädoyer für eine Nato-Mitgliedschaft unsachlich.

Jüngste Umfragen weisen aus, dass an die 70Prozent der österreichischen Bevölkerung die Neutralität weiterhin als „zeitgemäß" erachten. Nach Reiter ist diese klare Mehrheit der Bevölkerung einem „ideologischen Vehikel linksträumerischer Wirklichkeitsverweigerung" verfallen bzw. einem „unreflektierten Traditionsverständnis" verhaftet, weil sie sich „mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen nicht befassen (will)".

Wandel hin zur „Kernneutralität"

Halten wir einige wichtige Punkte fest, die für eine Beibehaltung der österreichischen Neutralität sprechen: Die Rahmenbedingungen für die österreichische Neutralität haben sich durch das Ende der Sowjetunion und des Kalten Kriegs und vor allem durch die österreichische EU-Mitgliedschaft verändert. Die frühere „integrale" (umfassende) Neutralität wandelte sich zu einer „Kernneutralität", definiert durch die Nichtteilnahme an Kriegen und militärischen Bündnissen sowie durch das Verbot der Stationierung fremder Truppen in Österreich. Dennoch sind Neutralität und EU-Mitgliedschaft vereinbar, und die Neutralität stellt keine Beschränkung für die Teilnahme Österreichs an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dar.

Wenig initiative Regierung

Durch die Adaption der österreichischen Verfassung (Artikel 23j) ist auch die Teilnahme als neutrales Land an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Missionen der EU möglich. Österreich hat sich zuletzt etwa sehr aktiv an der Konsolidierung des Friedensprozesses am Balkan beteiligt.

Eine überzeugende Neutralitätspolitik war und ist für Österreich untrennbar mit einer aktiven Außenpolitik verbunden. Die Glaubwürdigkeit und die politische Bedeutung der österreichischen Neutralitätspolitik wird nun durch die Stagnation der außenpolitischen Aktivitäten Österreichs in den letzten Jahren wesentlich eingeschränkt und gefährdet.

Die starke Befürwortung der Neutralität durch die österreichische Bevölkerung bedeutet somit auch, dass von Regierung und politisch-diplomatischen Akteuren eine viel entschiedenere Friedenspolitik und aktives Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Bekämpfung der Armut in der UNO, in der EU und in anderen internationalen Organisationen und Foren erwartet und verlangt wird.

Ob dies auch einer außenpolitisch wenig initiativen und wenig mutigen Regierungsmannschaft und einem organisatorisch stark kriselnden diplomatischen Apparat bewusst gemacht werden kann? Angesichts der völlig passiven Haltung der Regierung gegenüber den Aufständen und Demokratisierungsbewegungen in Nordafrika muss man hier doch große Zweifel haben.

Helmut Kramer (geboren am 7.Dez. 1940 in Leoben) ist emeritierter Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

© DiePresse.com